



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Baden am Jahresschlusse.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

tember 1838, welcher sich seine hohe malerische Fertigkeit in der Pilothschule angeeignet hat. Aus seinen Thierbildern spricht oft ein liebenswürdiger Humor, der sich ungefucht aus der Situation ergibt. So bei den „Kunstkritikern im Stalle“, die sich neugierig um einen Malkasten drängen, welcher eine eben vom Maler verlassene Schaffstube enthält. Anton Braith, geboren 1836 zu Biberach in Württemberg, behandelt Schafe und Rindvieh in reizvoller landschaftlicher Umgebung mit gleicher Virtuosität. In der großartigen Auffassung der belebten und unbelebten Natur kommt er Volz am nächsten. Der Hühnermaler Carl Zug, der sich seine Specialität durch zierliche Miniaturbilder von seiner Färbung geschaffen hat, ist 1867 durch Uebersiedlung nach Düsseldorf aus dem Kreise der Münchener Schule ausgeschieden.

Wenn wir noch die Architekturmaler Konrad Hoff, geboren 1816 in Schwerin, und Ferdinand Knab, geboren 1834 in Würzburg, einen Schüler von Ramberg und Piloty, erwähnen, haben wir ein in seinen Grundzügen ziemlich vollständiges Bild von dem gegenwärtigen Stande der Malerei in München entworfen. Wie unter den drei Künsten die Malerei in München einen ganz unverhältnißmäßig großen Platz einnimmt, so, daß die Plastik neben dem ältern Widnmann nur einen Künstler von hervorragender Begabung, Michael Wagemüller, aufzuweisen hat, während die Architektur sich erst neuerdings wieder durch die Verdienste Neureuthers, Langes, Hauberrißers, Gedons und Albert Schmidts aus einem längern Stilleben zu regerer und erfreulicherer Thätigkeit zu heben beginnt, spielt in der Malerei selbst das Genre an Stelle der ziemlich arg ins Gebränge gerathenen Historienmalerei die größte Rolle. Erst in zweiter Linie kommt dann die Landschaft, während die übrigen Fächer der Malerei entweder nur sehr spärlich oder durch Sterne kleinerer Ordnung besetzt sind. Innerhalb der Genremalerei dürfte München jedoch zur Zeit die Führung in Deutschland beanspruchen können.

Berlin.

Adolf Rosenberg.

Baden am Jahreschlusse.

Der politische Zustand Badens am Schlusse des Jahres entspricht den Vorherfagen, welche in diesen Blättern seit geraumer Zeit über den Umschwung in unsern öffentlichen Verhältnissen ausgesprochen worden sind. Dieser Umschwung, der zwar langsam, aber nicht ohne Intensivität sich vollzogen, hat die innere Politik Badens aus den ausgetretenen Bahnen des seitherigen landläufigen Liberalismus, als dessen Mustervertreter unser Staatswesen seit

Decennien galt, herausgedrängt. Die Regierung hat — nicht durch eine Ueberumpelung, sondern in zielbewußter Uebereinstimmung der maßgebenden Factoren — mit der manchesterlichen Theorie der unbedingten parlamentarischen Unterordnung, der allmächtigen liberalen Majoritätsdirective gebrochen, und eine Reihe von Regierungsakten hat bereits gezeigt, wie die Regierung in Zukunft ihr Handeln nicht lediglich von dem Willen der Kammer, sondern nur von der Erkenntniß dessen, was ihr für das Land erspriechlich zu sein scheint, abhängig zu machen gewillt ist. Daß sich die Regierung bei dieser Rechtschwenkung mit der überwiegenden Mehrheit des Volkes, namentlich soweit es den landwirthschaftlichen und gewerblichen Kreisen angehört, in Uebereinstimmung weiß, ist schon mehrfach betont worden, und daß diese sich verständlich genug zu erkennen gebende Volksstimmung auch auf die liberale Kammermehrheit einen starken Druck ausgeübt hat, zeigte sich in der Haltung ihres Organs, der „Badischen Correspondenz.“ Dies schließt freilich nicht aus, daß unsre politischen Verhältnisse einem Conflict, der an Schärfe den letzten, während der vorigen Kammer session zum Ausbruche gekommenen noch übertreffen dürfte, entgegentreiben; denn darüber ist sich jeder, der unsere Lage überschaut, klar, daß unsere liberalen Führer nicht aus innerer Nothigung, sondern nur aus Rücksicht auf die Stimmung des Landes und ihre von derselben abhängenden Mandate den jetzigen maßvollen Ton angeschlagen haben, und daß diese Mäßigung in ihren politischen Anschauungen sich wohl der Wählerschaft gegenüber geltend macht, in der Kammer aber, trotz aller maßvollen Redensarten, schwerlich zum Ausdruck gebracht werden wird. Dazu wurzelt man mit all seinen Traditionen viel zu tief in jenem unpraktischen Idealliberalismus, der die deutsche Politik seit 1871 beherrscht und dessen einseitiger Vertretung wir unleugbar einiges Gute und Brauchbare, noch mehr aber Unhaltbares und unser Volk schädigendes zu verdanken haben, und unsere Kammerhelden waren viel zu lange und viel zu innig mit den Laster, Rickert, Bamberger, Jordanbeck u. liiert, als daß die Annahme berechtigt wäre, der persönliche Eindruck, den Herr v. Bennigsen im vorigen Sommer in Freiburg energisch geltend gemacht, und der einschmeichelnde Zauber, den seine persönliche Bemühung auf empfängliche Gemüther ausgeübt, würden in ihren Wirkungen stark und nachhaltig genug sein, um die alten Bande liberaler Mannen- und Gefolgstreue zu lösen und die Herren Fieser, Kiefer, Bähr u. zu etwas weiterem als einer maßvollen Agitationspolitik vermögen. Dazu kommt als wesentliches Moment noch die Macht der Phrase, die in dem gesammten öffentlichen Leben sich leider nur zu mächtig noch erweist und die auch hier durch eine gesündere politische und wirthschaftliche Anschauung noch lange nicht besiegt ist. Der liberal-conservativen Volksmehrheit steht noch immer ein wenn auch kleines, doch nicht macht- und einflußloses Häuflein von Beamten und halbgebildeten Bürgerleuten gegenüber, deren politische Anschauungen und deren ganzer Phrasenreichtum nur dem Begriffe des „badischen Musterstaates“ entstammt und mit diesem steigt und fällt. Dazu kommt ferner der bestrickende Reiz, den die Opposition an sich hat, und die blendende und verlockende Wirkung, die sie auf weite Kreise der Bevölkerung ausübt, und schließlich ist für unsere gegenwärtigen Zustände auch nicht außer Acht zu lassen, daß sich hier als die eigentlichen und alleinigen Vertreter des conservativen Princips eine Handvoll Männer geben, welche der ultraorthodoxesten Richtung angehören, einen süßlichen Pietismus zur Schau tragen, mit den Ultramontanen in innigstem Kartellverbande stehen und dadurch auf die weitem Kreise der freisinnigen Bevölkerung einen höchst abstoßenden Eindruck machen. Man fürchtet,

die einseitigen und weit rückwärts liegenden Ziele dieser Männer, für die ein journalistischer Ueberläufer fortgesetzt eine wüste und verdächtigende Agitation führt, könnte von der Regierung zu den ihrigen gemacht werden — eine Besorgniß, zu der absolut kein Grund vorliegt. Das alles steht vor der Hand einer gesunden Entwicklung unserer innern politischen Verhältnisse entgegen und wird der Grund werden, daß, ehe diese Entwicklung einen gedeichlicheren Gang annimmt, in unsern Grenzen ein erbitterter Kampf zwischen den Parteien und der Regierung entbrennen und in der Kammer sich zu einem Conflict zu spitzen wird, dessen Lösung vielleicht nur durch einen Appell an das Land wird herbeigeführt werden können. Welche Antwort das Land dann geben wird, liegt in der Hand der Regierung und wird von der Art und der Geschicklichkeit abhängen, mit der dieselbe ihre weiteren Maßnahmen treffen wird. Leider ist die Geschicklichkeit nicht immer die starke Seite unsers Ministeriums des Innern, was sich erst kürzlich wieder in eclatanter Weise gezeigt hat.

Mitte October tauchte in demokratischen Blättern die Nachricht auf, vom Ministerium sei ein Preßerlaß ausgegangen, durch den unser Land mit einem Neze officiöser Berichterstattung umspannt und die „Amtsverkündiger“ (die amtlichen Blätter) zu Trägern dieser Berichterstattung gemacht werden sollten. Auf diese befremdliche Nachricht erschien am 24. October in der amtlichen „Karlsruher Zeitung“, deren redactionelle Zeitung am 1. October der Geh. Archivrath v. Weech übernommen hatte, eine längere amtliche Auseinandersetzung, welche zugleich den erwähnten Erlaß mittheilte. Derselbe stützte sich darauf, daß es im Interesse der Staatsverwaltung wie in demjenigen der Bevölkerung liege, daß letztere von dem Verhalten der Staatsverwaltung zu den öffentlichen Zuständen des Landes in richtiger Kenntniß erhalten werde. Der hierin angezeigten Pflicht der Behörde sei nicht immer in geeigneter Weise Rechnung getragen worden, so daß sich die Bevölkerung auf Mittheilungen angewiesen gesehen habe, welche von nicht ermächtigter Seite in die Presse gelangt seien, und damit auf einen Weg, der von mancherlei Mißständen begleitet sei, da diese Mittheilungen nicht selten nach Form und Inhalt unrichtig und daher geeignet gewesen seien, die öffentliche Meinung zu beirren. Wer die Preßzustände im allgemeinen und die unsers Landes im besonderen kennt, wird die Richtigkeit dieser Auslassungen nicht zu bestreiten wagen. Ein grell in die Augen springender Zug fast unserer gesamten Presse ist ja ihre grandiose Unzuverlässigkeit, die fast in gleichem Maße mit der Wichtigkeit des in Betracht kommenden Stoffes wächst, die am eclatantesten da hervortritt, wo es sich um Regierungsmaßregeln handelt, und die theils auf die herrschende Sensations- und Agitationsucht zurückzuführen ist, ihren wesentlichen Träger und Verbreiter aber in der Urtheils- und Gewissenlosigkeit besitzt, mit welcher die Tagesblätter heute einander ausplündern. Dieser unsere öffentlichen Zustände, besonders aber unsere Presse tief durchsetzenden Unwahrhaftigkeit entgegenzutreten, eine objectivere und gewissenhaftere Berichterstattung und Beurtheilung anzubahnen, wäre gewiß ein Unterfangen des Schweißes der Edlen werth und verdiente darum nicht minder den Dank aller Wohlgesinnten, weil es von leitender Stelle in dem Staatsorganismus ausgeht. Aber bei der bekannten überreizten Empfindlichkeit, einsichtslosen Verstocktheit und unfehlbaren Selbstüberhebung unserer Presse ist dieses Unterfangen nicht sowohl eine Arogasarbeit, bei der es auf Kraft und Ausdauer ankommt, sondern zugleich ein Kampf gegen Gewalten, in dem nur verschlagene Klugheit und taktische Ueberlegenheit die Vorbedingungen des Sieges sind. Sollte es da nun wirklich praktisch gewesen sein von

Seiten des badischen Ministeriums, mit einer geheimen Verordnung, wie es nun im Verfolg des erwähnten Schriftstückes geschieht, mit der Aufforderung, „dem Bedürfnisse der Bevölkerung, soweit dasselbe gerechtfertigt erscheint, entgegenzukommen und zu diesem Zwecke der der Regierung zur Verfügung stehenden Presse, der Amtsverkündigungsblätter und der Karlsruher Zeitung, sich zu bedienen“, sich an Beamte zu wenden, von deren Mehrzahl man von vorneherein wissen mußte, daß sie zu dieser Mitarbeit an der öffentlichen Meinung wenig geschickt ist, zum andern aber auch theils wenig Neigung für dieses regierungsfreundliche Beginnen besitzt, theils für andere, von der Regierung unabhängige und ihr oft feindliche Blätter ihre publicistische Thätigkeit entwickelt? Schon der Umstand hätte die Regierung stutzig machen müssen, daß sie durch dieses Verfahren, das die halbamtlichen Blätter einseitig bevorzugte, zuerst und am meisten den Brodneid wachrief und den Concurrenten viel empfindlicher als den freisinnigen und unabhängigen Mann traf, ganz abgesehen davon, daß ja der Beamtencharakter an sich den größerer Zuverlässigkeit und Wahrhaftigkeit in Bezug auf die zu bringenden Nachrichten keineswegs einschließt. Gerade mit solchen Nachrichten, die allem Anscheine nach nur von Beamten herrühren konnten, hat die badische Presse einigemal nichts weniger als verlockende Erfahrungen gemacht. Von so hoher Wichtigkeit die sogenannte officiöse Presse für die Correctur der öffentlichen Meinung sein kann und — richtig gehandhabt — auch ist, so wenig würde gerade diese Art der officiösen Preßcorrespondenz dieser Aufgabe genügen und würde vielmehr, wenn die Befolgung des Erlasses den gehegten Erwartungen entsprechen hätte, die Regierung bald in die größten Angelegenheiten gestürzt haben. Die Regierung aber sollte sich an denen, die ihr durch die „Karlsruher Zeitung“ hier und da bereitet werden, genügen lassen. Darzulegen, auf welche Weise der von der Regierung beabsichtigte Zweck zu erreichen wäre, halten wir nicht für unsere Aufgabe. Uns kam es nur darauf an, diese Angelegenheit so weit zu berühren, wie sie für die gegenwärtige Lage von Wichtigkeit ist, und dabei zu prüfen, ob denn ihr Werth den unangenehmen Folgen, die sich noch einstellen werden, entspricht. Das kann und wird nicht der Fall sein; denn weit entfernt, einen thatsächlichen Nutzen zu haben, ist die derzeitige Kammermehrheit unter Führung der oben genannten Abgeordneten durch diesen Preßerlaß von neuem gereizt, und die Erinnerungen an die Maßregelung der „Freiburger Zeitung“ sind wieder wachgerufen worden. Im Lande aber und fast gleichzeitig in allen Wählerkreisen hat dieser Preßerlaß und besonders die Art, in der er in der von der Regierung nicht abhängigen Presse besprochen worden ist und noch besprochen wird, stutzig gemacht; er hat auch bei denen Bedenken erzeugt, welche bisher treu zur Regierungspolitik gestanden und dadurch den liberalen Wortführern, die gegen den Minister des Innern, Herrn Stöcker, schon aus persönlicher Gehässigkeit eine feindliche Haltung einnehmen und seine Beseitigung zum offenen Ziele ihrer Agitation gemacht haben, eine neue und nicht unverächtliche Agitationswaffe für die im nächsten Jahre vorzunehmenden Neuwahlen der reichlichen Kammerhälfte in die Hand gegeben. Daß und wie man diesen Schritt der Regierung auszunützen gedenkt, wurde bereits in den „Bad. Corr.“ unzweideutig angezeigt. Selbst Männer wie Lamey, Mathy und Solly — so hieß es hier — hätten in ihrer unruhvollen Verwaltungszeit nie das Bedürfniß nach einer ähnlichen Preßlenkung empfunden, obwohl jeder von ihnen sich auf Anwendung aller zulässigen Kräfte und jedes zulässigen Mittels für die Zwecke der innern Staatsverwaltung trefflich verstanden habe. Gerade unter Solly hätten sich drei badische „Amtsverkündiger“ durch eine gewisse Freimüthigkeit der Sprache

ausgezeichnet. Man kann hieraus schließen, wie man gegen den Ministerialpräsidenten des Innern vorzugehen gedenkt und auf was für Angriffe sich letzterer gefaßt machen kann, obwohl der Kundige freilich weiß und Herr Stöcker es sich wohl auch selbst zu Nutze machen wird, daß die genannten Vorgänger, besonders aber Jolly, bei dem jetzigen ministeriellen Vorgehen auch die Vorbilder sein können. Denn wenn irgend ein Staatsmann, so hat es Jolly verstanden, den wohlerkannten Einfluß der kleinen Presse sich und seiner Politik als Minister dienstbar zu machen. Jolly ist der eigentliche Schöpfer der heute über das ganze Land verstreuten, mit ihrer Zahl über das Bedürfniß weit hinausgehenden „Amtsverkündiger“, und daß die „Amtsverkündiger“ der Jollyschen Ära mit mehr Verstand und größerer Selbständigkeit „redigiert“ — wenn das Zusammenschneiden und Zusammenstreichen ihres Inhaltes Redigieren genannt werden darf — worden seien, das zu behaupten fällt wohl auch den Herren der „Bad. Corr.“ nicht ein. Freimüthig freilich durften sie sprechen — aber nur für die Politik des Ministers, der durch diese Unmassen von kleinen Winkelblättchen das Aufkommen einiger größeren und unabhängigen Blätter verhinderte, sich eine Legion von dienstbaren Organen schuf, die niemals gegen ihn ihre Stimme zu erheben wagten, da der sehr energische, vielleicht ebenso gewalthätige wie freisinnige Mann sonst kurzen Proceß mit ihnen gemacht hätte. Denn Presse und Kammer durfte damals den Liberalismus nur so verstehen wie er. Er scheint heute, in seiner anerkennenswerthen Schrift über die Parteien, objectiver geworden zu sein; das aber geht auch aus dieser, besonders aus der von der „Nationalzeitung“ sehr übel vermerkten Stelle über den Parlamentarismus hervor, daß die Herren Fieser, Kiefer, Bähr sich auf ihn als auf einen Mann nach ihrem parlamentarischen Herzen am wenigsten berufen dürfen.

Wir kommen zum Schluß. Unsere Regierung ist nicht reactionär geworden; sie hat sich nur von dem Gängelbände des in den letzten zwanzig Jahren landläufigen Liberalismus befreit und hat jenen maßvollen und praktischen Liberalismus zur Richtschnur ihres Handelns gemacht, durch den allein eine gedeihliche politische, wirtschaftliche und sittliche Fortentwicklung des modernen Staatswesens möglich sein wird. In dieser Politik stimmen — tausend Anzeichen sprechen dafür, trotz entgegenstehender Gerüchte von einem baldigen Rücktritte des Ministerialpräsidenten, die vollständig aus der Luft gegriffen sind — die Räte der Krone überein mit dem Träger derselben und mit der überwiegenden Mehrheit des freisinnigen Volkes, und es wird lediglich an ihnen selbst liegen, diese Uebereinstimmung nicht durch Ungeschicklichkeiten zu zerstören. Mit kräftiger und consequenter Hand aber wird unsere Regierung, wenn sie die jetzt betretene Bahn verfolgt, das entstandene Mißtrauen zerstreuen und in der nächsten Kammerperiode Angriffe um so leichter und gewisser zurückschlagen, mit je größerer Erbitterung und blinderer Wuth dieselben gemacht werden dürften.

Literatur.

Historisches Taschenbuch. Begründet von Friedrich von Raumer. Herausgegeben von W. G. Kiehl. Fünfte Folge. Zehnter Jahrgang. Leipzig, F. A. Brodhauß, 1880.

Mit dem vorliegenden Bande vollendet das historische Taschenbuch seinen 50. Jahrgang. In einer stattlichen Reihe von Bänden hat es ein überaus mannich-